

Pressemitteilung

Kostenexplosion bei „Perspektive Innenstadt“

Gruppe CDU/FDP trägt das Projekt unter den neuen Bedingungen nicht mehr mit

„In der jetzigen Haushaltssituation können wir uns eine solche Maßnahme schlicht nicht leisten“, sagt Malte Kanebley, Vorsitzender der Gruppe CDU/FDP im Rat der Gemeinde Neu Wulmstorf. Gemeint ist das Projekt „Perspektive Innenstadt“.

Hinter dem Namen „Perspektive Innenstadt“ verbirgt sich ein Förderprogramm um innerörtliche Lagen attraktiver zu gestalten. Neu Wulmstorf hat sich um Mittel beworben und eine Zusage erhalten. Insg. € 295.000,- soll die Gemeinde an Fördergeldern erhalten und bei Gesamtkosten von geschätzten € 333.000,- ursprünglich € 38.000,- aus der Gemeindekasse zahlen. Dafür sollte der Bereich der Bahnhofstraße zwischen Rathaus und der Straße „zur Heide“ zu einem „verkehrsberuhigtem Geschäftsbereich“ umgebaut werden.

Hinter diesem Namen verbergen sich Maßnahmen wie Querungshilfen, eine Verlegung der Ampel und neue Möblierung. In diesem Bereich soll Tempo 20 gelten. Und man erhofft sich von der Maßnahme, dass die Strecke durch die Bahnhofstraße für den Durchgangsverkehr unattraktiv würde, auch im Hinblick auf die bevorstehende Öffnung der A26.

„Das der Umbau nennenswert Verkehr aus der Bahnhofstraße heraushalten würde, haben wir nie geglaubt“, sagte Kanebley weiter. „Aber für eine Zuzahlung von ca. € 38.000,- konnten wir dem Vorhaben zustimmen, da es zweifellos eine Aufwertung der Bahnhofstraße ist“.

Zwischenzeitlich musste das Planungsbüro gewechselt werden und eine neue Kostenschätzung wurde erstellt. „Da waren es dann schon € 419.000,-, also eine Zuzahlung von € 124.000,- durch die Gemeinde Neu Wulmstorf“, so Kanebley weiter. Die konkrete Ausschreibung der Arbeiten hat einen Angebotspreis von € 561.000,- ergeben. „Und damit ist es mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht getan, denn bei Tiefbauarbeiten findet man eigentlich immer etwas, was zu Mehrkosten führt“, sagt Kanebley, der seit mehr als 10 Jahren im Bauausschuss tätig ist. „An dieser Stelle ist für uns ganz klar der Punkt gekommen, an dem wir ‘Stop’ sagen müssen.“

Das Land befürchtet eine Rezession, Steuereinnahmen werden sinken, die Energiekosten steigen ins Ungewisse: Alles Risiken für die Gemeinde, die kaum zu kalkulieren und zu beherrschen sind. „In dieser Situation können wir uns eine hauptsächlich kosmetische Maßnahme schlicht nicht leisten“, sagt Kanebley.

Besonders verärgert ist die Gruppe CDU/FDP über die Art und Weise der Beschlussfassung. „Wir wollen dies in öffentlicher Sitzung durch den Rat entscheiden lassen. Leider ist das von der rot/grünen Mehrheit im Rat nicht gewollt“, so Kanebley. Die Mehrheit um Bürgermeister Handtke hat bereits im nichtöffentlichen Verwaltungsausschuss entschieden, dass das Projekt trotz der hohen Kosten weitergeführt wird. „Hinter verschlossenen Türen werden ‘mal eben’ solche Beträge freigegeben. Übrigens Gelder, die die Gemeinde gar nicht hat und über Kredite finanzieren muss.“

Die Gruppe CDU/FDP hat beantragt, dass der Gemeinderat sich damit in öffentlicher Sitzung befassen soll.